

Zuschuss-Antrag zum Investitions-Zuschuss-Programm des Landkreises Oldenburg (InZuPro)
 auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen
 aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Regionalisierten Teilbudgets

**Wirtschaftsförderungsgesellschaft
 für den Landkreis Oldenburg mbH**
 Delmenhorster Straße 6
 27793 Wildeshausen



Anmerkung: Alle Felder sind Pflichtfelder und **MÜSSEN** ausgefüllt werden!
 Erläuterungen/ Bearbeitungshinweise sind blau und kursiv gekennzeichnet.

*Die Förderung richtet sich nach der Rahmenregelung des Landes Niedersachsen für die Aufstellung und Genehmigung von kommunalen Richtlinien zur kommunalen Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus dem Schwerpunkt 1 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in der Fondsperiode 2007-2013 in Verbindung mit der KMU-Richtlinie „Investitions-Zuschuss-Programm des Landkreises Oldenburg“ (InZuPro). Die Förderung wird in Form einer Anteilsfinanzierung zur Projektförderung als nicht rückzahlbarer Zuschuss für eigenbetrieblich genutzte Investitionen im Anlagevermögen gewährt, soweit zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.
 Die Entscheidung über Ihren Antrag wird unter Berücksichtigung des vorliegenden Scoringsystems getroffen.
 Die grundsätzliche Förderfähigkeit ist gegeben bei Investitionen eines KMU, das einen oder mehrere neue Arbeitsplätze schafft.*

1. Beantragung

Ich/ Wir beantrage(n) die Gewährung eines Investitionszuschusses zur Förderung meiner/ unserer betrieblichen Investition aus Mitteln des Landkreises Oldenburg und des Europäischen Strukturfonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die folgende Maßnahme:

*(z.B. Bau oder Kauf oder Erweiterung einer Gewerbeimmobilie in, Kauf einer ...-Maschine, bei Schaffung von ... zusätzlichen Arbeitsplätzen)
 Weitere Angaben zum Investitionsvorhaben erfolgen unter Punkt 3.*

2. Antragsteller

Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und gewerblich orientierte Freiberufler mit Sitz oder einer Betriebsstätte im Landkreis Oldenburg.

Name des Unternehmens			
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer	
Sitz des Unternehmens <i>(Landkreis, z.B. Landkreis Oldenburg)</i>	Maßnahme für Betriebsstätte in <i>(Gemeinde/Kennziffer)</i>	Bundesland Niedersachsen	
Name, Vorname Geschäftsführer	Telefon	Fax	

2.1 Ansprechpartner *(falls abweichend von Antragsteller)*

Name; PLZ, Ort, Straße, Hausnummer		
Telefon	Fax	E-Mail

Falls Steuerberater/ Wirtschaftsprüfer/ Unternehmensberater etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht beifügen.

2.2 Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensdarstellung *(evtl. gesondertes Blatt verwenden)*

Wirtschaftsbereich

gewerbliches Unternehmen

Handwerk/ handwerkähnlich

Freiberufler: mein/ unser Angebot richtet sich überwiegend zu ca. _____ % an Kunden der gewerblichen Wirtschaft. Die freiberufliche Tätigkeit wird unter der o.a. Adresse ausgeführt. Die Kunden stammen aus folgenden Branchen:

(bitte ergänzen:) _____

2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Branchenschlüssel nach NACE und Kennzeichnung (*Allgemeine Klassifikation der Wirtschaftszweige, Statistisches Bundesamt*)
(siehe unter www.wlo.de)

2.4 Rechtsform und gesellschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zuständiges Finanzamt	
Gründungsdatum	Tag . Monat . Jahr	Steuernummer

2.5 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist oder
- hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen oder
- erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder
- gibt es sonstige wirtschaftlich-organisatorische, personelle, rechtliche oder finanzielle Verflechtungen mit anderen Unternehmen (Wirtschaftliche Gruppe) oder
- bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in dem selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

nein ja

⇒ wenn eine oder mehrere Positionen mit ja beantwortet werden, füllen Sie bitte das Formblatt "KMU-Prüfschema" aus (siehe Download unter www.wlo.de/foerder4.html).

2.6 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

- unter 10
- 10 bis 49
- 50 bis 249
- über 249

2.7 Jahresumsatz (bei Existenzgründern Erwartung für das laufende Jahr)

- unter 2 Mio. Euro
- 2 bis 10 Mio. Euro
- über 10 Mio. Euro bis 50 Mio. Euro
- über 50 Mio. Euro

2.8 Jahresbilanzsumme

- unter 2 Mio. Euro
- 2 bis 10 Mio. Euro
- über 10 Mio. Euro bis 43 Mio. Euro
- über 43 Mio. Euro

3. Angaben zum Investitionsvorhaben

3.1 Investitionsort (Lageplan bitte beifügen)

PLZ	Ort/Ortsteil	Straße, Hausnummer
Flur	Flurstück	evtl. Gewerbegebiet

3.2 Beschreibung und Begründung des Vorhabens

3.2.1 Art des Investitionsvorhabens

Es handelt sich um folgende **arbeitsplatzschaffende** und **arbeitsplatzsichernde** Maßnahme:

- Errichtung einer Betriebsstätte in _____ folgende eigenbetriebliche Investition im Anlagevermögen:
- Erwerb einer Betriebsstätte in _____
- Erweiterung einer Betriebsstätte in _____ Sonstiges: _____

3.2.2 Detaillierte Beschreibung und Begründung d. Vorhabens; erhoffte Auswirkungen usw.

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z.B. die Absatzperspektive). Hierbei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z.B. Beteiligungen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten, Produktionsziffern, Kapazitätsauslastung, Umsatz) einzugehen. (evtl. gesondertes Blatt verwenden)

3.2.3 Nachhaltigkeit und Umweltbezug des Vorhabens

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Anwendung neuer Umwelttechnologien | <input type="checkbox"/> Entwicklung eines neuen Produktes |
| <input type="checkbox"/> Verbesserung des produktintegrierten Umweltschutzes | <input type="checkbox"/> Entwicklung eines neuen innovativen Produktionsprozesses |
| <input type="checkbox"/> Umstellung auf umweltfreundliche Produkte | <input type="checkbox"/> Verbesserung des betriebsbezogenen Energieverbrauchs |

Wenn einer der Punkte zutrifft, bitte Begründung unter Punkt 3.2.2

3.3 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn _____
Tag Monat Jahr

Vorhabenende _____
Tag Monat Jahr

Vor dem Beginn des Investitionsvorhabens ist die schriftliche Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch den Landkreis Oldenburg abzuwarten

Die Maßnahmen müssen innerhalb von 12 Monaten abgeschlossen sein. Bauliche Maßnahmen müssen innerhalb von 24 Monaten, spätestens am 31.03. des zweiten Folgejahres nach Bewilligung abgeschlossen sein.

3.4 Angaben zu den geplanten Investitionsvolumen

Die aufgeführten Investitionen werden im Namen und auf Rechnung des antragstellenden Unternehmens durchgeführt. Soweit es sich abweichend hiervon um geleaste, gemietete oder gepachtete Wirtschaftsgüter handelt, sind die entsprechenden Positionen im Investitionsplan kenntlich gemacht. Gleiches gilt für gebrauchte Wirtschaftsgüter, geringwertige Wirtschaftsgüter sowie für Eigenleistungen, die in den Investitionsbeträgen enthalten sind.

Die Förderung von Fahrzeugen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Wohnungen, die im Rahmen des Investitionsvorhabens erstellt werden (z.B. Hausmeisterwohnungen), sind nicht förderfähig. Des Weiteren sind Grundstücke, geringwertige Wirtschaftsgüter sowie gebrauchte Wirtschaftsgüter (bis auf die Anschaffung von Gebäuden) nicht förderfähig. Über Leasing angeschaffte Wirtschaftsgüter sind nicht förderfähig. Eine Förderung kann nur erfolgen, wenn das förderfähige Investitionsvorhaben einen Betrag von 25.000,00 € übersteigt (Bagatellgrenze).

INVESTITIONEN	ART (bitte näher beschreiben)	EURO
Bauliche Investitionen		
Anlagen / Maschinen		
Inventar		
Sonstiges (Rechte, Patente, Lizenzen)		
GESAMT:		

Die Summe der Gesamtinvestition muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

- | | | |
|--|-------------------------------------|--|
| Mein/ Unser Unternehmen ist zum Vorsteuerabzug | <input type="checkbox"/> berechtigt | <input type="checkbox"/> nicht berechtigt. |
| In den Investitionsbeträgen ist die Mehrwertsteuer | <input type="checkbox"/> enthalten | <input type="checkbox"/> nicht enthalten. |

3.5 Finanzierung des Vorhabens

Es sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen anzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen. Alle begründenden Unterlagen sind beizufügen.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	
Fremdfinanzierung	Euro
Bankkredite	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen	
Öffentliche Finanzierungshilfen ^{1*}	
KfW-Unternehmerkapital	
Niedersachsenkredit	
beantragter Zuschuss ^{2*}	

Gesamtfinanzierung	
---------------------------	--

^{1*} Darlehensverträge bitte in Kopie beifügen

^{2*} Die Förderung beträgt max. 5.000,00 € pro zusätzlich geschaffenem Arbeitsplatz und beläuft sich bei kleinen Unternehmen auf bis zu 15 % und bei mittleren Unternehmen auf bis zu 7,5 % der förderfähigen Kosten, grundsätzlich jedoch höchstens 50.000,00 €.)

Eine Finanzierungsbestätigung der Hausbank zum Antrag ist beigefügt wird nachgereicht.

4. Angaben zu den Arbeitsplatzzielen

Die Teilzeitarbeitsplätze sind anteilmäßig zu der regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes (z.B. Teilzeitarbeitsplatz 15 Stunden pro Woche / Vollzeitarbeitsplatz 40 Stunden pro Woche = 0,375) zu berücksichtigen. Die auf diese Weise für die einzelnen Teilzeitarbeitsplätze festgestellten Anteile sind zu addieren und in die Tabelle einzutragen. Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit Berücksichtigung, wenn sie auf Dauer angeboten werden, jedoch aus Gründen der Jahreszeit nicht dauernd besetzt werden können. Teilzeitarbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen, Aushilfskräfte, Praktikanten, Heimarbeiter und ABM-Kräfte sind hier nicht einzutragen.

4.1 Übersicht über die Mitarbeiter

Eine aktuelle namentliche Übersicht über die Mitarbeiter ist diesem Antrag beigefügt wird nachgereicht.

Die Übersicht sollte die folgenden Angaben enthalten:

Name	Vorname	männl.	weibl.	Einstellungsdatum	evtl. Austrittsdatum	Vollzeit	Teilzeit	Stunden pro Woche	Auszubildender?	Leiharbeiter?
------	---------	--------	--------	-------------------	----------------------	----------	----------	-------------------	-----------------	---------------

4.2 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn

(d.h. zum Zeitpunkt der Antragstellung), inkl. für das Unternehmen tätiger Gesellschafter, Geschäftsführer u.ä.

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit (Std/Wo. bitte in Klammern)	Vollzeit	Teilzeit (Std/Wo. bitte in Klammern)	
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					

4.3 voraussichtliche Anzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit (Std/Wo. bitte in Klammern)	Vollzeit	Teilzeit (Std/Wo. bitte in Klammern)	
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					

Dauerarbeitsplätze müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich für die Dauer von mindestens 2 Jahren besetzt bzw. auf dem Arbeitsmarkt angeboten werden. Die Anzahl der Gesamtarbeitsplätze und die eigenbetriebliche Nutzung der investierten Güter sind gegenüber dem Landkreis Oldenburg bis zu 2 Jahre nach Abschluss der Investition nachzuweisen. Ein zusätzlich geschaffener Ausbildungsplatz (keine Anschlussbesetzung!) wird wie zwei Arbeitsplätze berechnet.

4.4 Handelt es sich um Arbeitsplätze, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern? Ja Nein
Wenn ja, bitte Begründung unter 5 oder auf gesondertem Blatt angeben.

4.5 In den letzten Jahren erfolgte kein Arbeitsplatzabbau. Richtig Falsch
Falls doch, bitte Begründung unter 5 oder auf gesondertem Blatt angeben!

5. Zusätzliche Angaben / Ergänzungen (evtl. gesondertes Blatt verwenden)

6. Erklärungen und Einwilligungen:

Ja Nein
 Mir/ Uns ist bekannt, dass vor dem Beginn des Vorhabens die schriftliche Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch den Landkreis Oldenburg abzuwarten ist. **Ich / Wir bestätige(n), dass ich / wir mit dem Vorhaben noch nicht begonnen habe(n) und dass ich/ wir nicht vor dem Eingang der Bestätigung zur grundsätzlichen Förderfähigkeit beginnen werde(n).** (Die Bestätigung erhalten Sie nach Antragstellung.)

Ja Nein
 Ich/ Wir bestätige(n), dass ich/ wir die Richtlinie zum Investitionszuschussprogramm des Landkreises Oldenburg zur Kenntnis genommen habe(n). (Die Richtlinie steht als Download auf der Seite www.wlo.de bereit!)

Ja Nein
 Mein/ Unser Unternehmen ist als kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne der Richtlinie einzuordnen.

Ja Nein
 Investor und Nutzer sind identisch. (Wenn nicht: bitte weitere Angaben zur Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft oder Nutzungsvereinbarung usw)

Ja Nein
 Die sonstigen Fördervoraussetzungen gem. der Förderrichtlinie und die dort genannten Anforderungen sind bzw. werden erfüllt. Die im Antrag genannten vorhandenen Dauerarbeitsplätze **und** die zusätzlichen Dauerarbeitsplätze werden für mindestens 2 Jahre nach Investitionsabschluss vorhanden und besetzt sein.

Ja Nein
 Ich/ Wir bestätige(n), dass ich/ wir die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AN-Best-P) zur Kenntnis genommen habe(n). Mir/ Uns ist bekannt, dass die ANBest-P Bestandteil eines eventuellen Zuwendungsbescheides werden, daher werden diese ab sofort berücksichtigt. (Die ANBest-P steht als Download auf der Seite www.wlo.de bereit!)

Ja Nein
 Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1 der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ja Nein
 Ich bin/ Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen meinen/unseren Namen (insb. Firmennamen) sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht (Verzeichnis der Begünstigten, Art. 7 Abs. 2 (d) VO 1828/2006). Mir/ Uns ist bekannt, dass bei Nichtzustimmung eine Förderung des Projektes/ der Maßnahme nicht erfolgen kann.

Ja Nein
 Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes sowie aus weiteren öffentlichen Mitteln beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausschluss von Doppelförderung).

Ja Nein
 Ich/ Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

7. Weitere Erklärungen:

1. Mir/uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/ Wir bestätige(n) die Richtigkeit unserer Angaben im Antrag.
2. Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir **jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen.**
3. Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
4. Mir/uns ist bekannt, dass sich der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) an der beantragten Finanzierungshilfe beteiligt und dass die Verordnung (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006, in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 10/1 vom 31. Juli 2006 Anwendung findet. Nach Art. 72 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 8. Dezember 2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006 vergewissert sich die Kommission, dass in den Mitgliedsstaaten Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, so dass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können - unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführten Kontrollen - Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus den Fonds finanziert werden, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren (**Vor-Ort-Kontrollen**). Nach Art. 69 der Verordnung (EG) 1083/2006 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen.
5. Mir/ Uns ist bekannt, dass die Belege und sonstige mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen bis zum 31.12.2023 aufzubewahren sind.
6. Ich/ Wir erkläre/n, dass mir/ uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der Bewilligungsstelle, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission
 - a) bisher nicht wegen formeller und/ oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht nach Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und
 - b) im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.
 Mir/ Uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache. Mir/ Uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/ wir jede zukünftige Abweichung meiner/ unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der Bewilligungsstelle mitteilen muss/ müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.
7. Ich/ Wir verpflichte/n mich/uns, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungsstelle am Standort meines/ unseres Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen sowie auf allen Unterlagen und bei Veröffentlichungen im Internet, soweit ein Bezug zu dem Vorhaben herzustellen ist, das in Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem, den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein/ unser Vorhaben kofinanziert wird.

HINWEIS:

Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.

Eine Kopie der Gewerbeanmeldung/ des Handelsregisterauszuges bzw. bei Freiberuflern die Bestätigung der Anmeldung beim Finanzamt

- ist diesem Antrag beigelegt wird umgehend nachgereicht.

Ein Kopfbogen meiner/ unserer Firma

- ist diesem Antrag beigelegt wird umgehend nachgereicht liegt mir/ uns nicht vor.

Ein Lageplan mit Angabe der Flur und des Flurstücks

- ist diesem Antrag beigelegt wird umgehend nachgereicht.

Außerdem ist die Finanzierungsbestätigung der Hausbank und eine aktuelle namentliche Übersicht über die Mitarbeiter einzureichen. Des Weiteren können weitere begründende Unterlagen eingereicht werden wie z.B. Baupläne, Angebote usw.

- ⇒ Hinweis: ▶ Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Abschluss der Maßnahme sowie Abrechnung und Nachweis der tatsächlich entstandenen Kosten und Schaffung der Arbeitsplätze.
 ▶ Die Investitions-Kosten und die Schaffung der Arbeitsplätze sind durch Testat eines Steuerberaters/ Wirtschaftsprüfers nachzuweisen.
 ▶ Mit dem Verwendungsnachweis sind nach Abschluss der Maßnahme Originalbelege vorzulegen.

Ort/Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)